

Veranstaltung vom 14.02.2018 im Marburger Weltladen

Kolumbien...und immer die Frage nach Ressourcen: Konflikte im Frieden Alke Jenss

Ihrem Vortrag zu Ressourcenkonflikten in Kolumbien stellte die Soziologin Alke Jenss zwei zentrale Aussagen voran, die direkt den Zusammenhang ihres Themas mit einer eher ernüchternden Bewertung des Friedensvertrags von 2016 herstellten und um die es sich im Laufe des Abends hauptsächlich drehen sollte. Die erste lautet, dass mit dem offiziellen Ende des bewaffneten Konflikts und dem Friedensvertrag zwischen dem kolumbianischen Staat und der linken Guerillagruppe FARC, nicht das Wirtschaftsmodell endet, das den Konflikt ganz entscheidend begründet und somit Frieden weiter verhindert wird. Damit hängt unmittelbar die zweite Aussage zusammen, dass der Konflikt zwischen Staat und FARC komplexer ist als er scheint. Beides machte Jenss in der folgenden Präsentation deutlich.

Zunächst lieferte Jenss einige Fakten rund um den kolumbianischen Friedensprozess: Sie präsentierte eine Graphik der Todesbilanzen, die von 2012 bis 2016 stark rückläufig waren, stellte fest, dass 65% der FARC-Kämpfer vom Land kommen und stellte die komplette Demobilisierung dieser zunächst als Erfolg dar. Gleichzeitig waren noch 2017 mehr als 105 Aktivist*innen, vor allem Vertriebene bzw. Rückkehrer*innen, getötet worden. Auch mit der Demobilisierung und auch wenn der Friedensvertrag vorsieht, sich der politischen Teilhabe, einer Landreform, der Problematik der Drogenökonomie und dem Territorial Justice anzunehmen, wird dies offenbar nicht richtig eingelöst und kann noch nicht von einem wirklichen Frieden gesprochen werden.

Die Hürden und Problematiken stellte Jenss nun genauer vor. Sowohl Kohle als auch Land bzw. wer die Macht über diese beiden Ressourcen hat, sei hierbei zentral. Die Kohleproduktion als die „Lokomotive des Exports“ habe den Drang neue Gebiete zu erschließen, die oft von Indigenen bewohnt werden (so z.B. das Territorium der Wayúu) und verlagere sich momentan nach Ost- und Nordkolumbien, vor allem in diejenigen Regionen, wo in den letzten Jahren viele Menschen vertrieben wurden. Dieses Geschäft mit der Kohle wird ermöglicht durch korrupte Politiker*innen und erzeugt Hunger und Armut, da es Menschen ihrer Lebensräume beraubt. Für Jenss ist dies der springende Punkt, dass diese Flächenkonkurrenz zwischen Einheimischen und Konzernen, kein Thema des Friedensvertrags ist. Die Priorisierung eines profitablen Handels zeigt sich z.B. auch am Bau privater Zugstrecken nur für den Kohletransport. Jenss betonte außerdem, dass die rücksichtslose Kohlewirtschaft durch ihre Außenorientierung durchaus kein innerkolumbianisches Problem sei, und so weltweit Verantwortlichkeiten für innerkolumbianische Konflikte durch den Bezug kolumbianischer Kohle bestehen.

Unmittelbar mit den Konflikten rund um den Rohstoff Kohle, hängt die Landproblematik zusammen, da mit dem Abbau und Export von Kohle ein „Hunger nach Land“ durch den Staat und die Konzerne einhergeht. Der ungleiche Landzugang war einer der Hauptgründe aus denen sich die FARC gründete und so verwundert es nicht, dass diese schon immer insbesondere einen Bezug zu bäuerlichen Bewohner*innen hatte. Jenss statuierte nun, dass dieser ungleiche Landzugang, der den Konflikt in Kolumbien nun bereits seit Jahrzehnten bestimmt, eher noch ungleicher geworden ist.

Was meint dann der Friedensvertrag, wenn er sich das Durchsetzen einer „Landreform“ und von „Territorial Justice“ auf die Fahne schreibt? Jenss gestand dem Vertrag durchaus auch gute Ansätze zu. So sollen etwa formelle Landtitel verliehen werden und *zonas de reserva campesino* entstehen, wo die Menschen ihre eigenen Wirtschaftspläne aufstellen sollen dürfen. Auch den neuen Ansatz beim

Vorgehen gegen die Drogenökonomie, diese nicht mehr militärisch lösen zu wollen, sondern zu versuchen den Bauern und Bäuerinnen eine andere Lebensgrundlage zu schaffen, bewertete Jenss positiv. So soll diesen ermöglicht werden, auf alternative Produkte, wie Getreide, umzusteigen, und lokale und partizipative Programme entwickelt werden.

Trotzdem bleiben die Einwände und „Abers“ zahlreich. Zentral wäre etwa die Rückgabe von illegal angeeignetem Land, doch diese Rückgabe an Vertriebene verläuft nur sehr schleppend. Laut UN sind es 5 Millionen Menschen, die in den letzten 20 Jahren in Kolumbien von ihrem Land vertrieben wurden. Dieser Fakt verstärkt die Ungleichverteilung, die ohnehin schon vorhanden war, natürlich. Jenss erwähnte ein 2012 in Kraft getretenes umstrittenes Agrargesetz, das die Rückgabe von 2 Millionen Hektar geraubtem Land an Binnenflüchtlinge vorsah, in ihren Augen jedoch weiterhin in erster Linie die exportorientierte Produktion stützte.¹ Der Konflikt um Land habe sich in den letzten Jahren also eher noch zugespitzt und der Friedensprozess habe dies nicht aufgehoben. Allein im Januar 2018 wurden schon 22 Menschen ermordet, v.a. solche, die sich für die Rückgabe von Land eingesetzt haben. Morde, Brandstiftungen und die Unmöglichkeit einer friedlichen Rückkehr nehmen weiter ihren Lauf, wofür Jenss eben gerade auch den Staat verantwortlich macht. Dieser werde präsenter, nicht gerechter, so brachte sie es auf den Punkt. Das staatliche Interesse sei dementsprechend vor allem Straßenbau, Bewässerungssysteme, Elektrizität, also Infrastruktur, was nicht nur negativ ist, aber eben zu wenig oder keinen Fokus auf Gerechtigkeit legt.

Jenss veranschaulichte diese staatliche Priorisierung von Inwertsetzung anstatt gerechter Verteilung an den jüngeren Entwicklungen in der Region Altillanura in Ostkolumbien. Durch die dortigen Politiken werden viel mehr Exporträume etabliert, als Gerechtigkeit durch die Rückgabe illegal angeeigneten Landes geschaffen: In Altillanura war die FARC sehr präsent und so sehen die staatlichen Entwicklungspläne nun vor, Landbesitztitel zugunsten der Investoren zu formalisieren, damit diese eine gewisse Sicherheit haben. Jenss bezeichnete dies als typisch kolumbianischen Prozess, dass dort wo die FARC demobilisiert wurde, massive Investitionen vom Staat zur Integration in nationale Entwicklungspläne, auch für globale Investoren, getätigt werden. Das Fatale ist, dass diese Regionen niemals leere Räume sind, und diese Formalisierungen der Landbesitztitel den Investoren nützlich sind und somit auf Kosten der (ehemaligen) Bewohner*innen gehen.

In diesem Zusammenhang sei auch ihre Anmerkung erwähnt, dass im Zuge des Friedensvertrags eine bestimmte Hektaranzahl festgelegt wurde, die eine Familie, die von den Landprogrammen profitieren will, als Lebensgrundlage haben darf. Diese Regelung wird dadurch hintergangen und ad absurdum geführt, dass große Unternehmen so tun, als seien sie kleiner und indem sie eben kleine Anteile kaufen. Auch die Idee von *alianzas productivas*, Kooperationen zwischen Unternehmen und Kleinbäuerinnen und -bauern, ist trügerisch: Die Bäuerinnen und Bauern verlieren zwar nicht ihr Land, aber die Kontrolle und bleiben so unter dem Druck der Konzerne, z.B. Palmölproduzent*innen.

All diese kritischen und ernüchternden Perspektiven auf die Entwicklungen in Kolumbien führte Jenss schließlich noch mit dem Referendum 2016 zusammen, das die Bevölkerung darüber abstimmen ließ, ob sie dem Friedensvertrag mit der FARC zustimmten. Die Mehrheit lehnte den Prozess ab, was zunächst schwer verständlich, aber in Jenss Augen wichtig nachzuvollziehen ist, da es zeige, dass die Landproblematik und die Vertreibungen im Friedensprozess eher unsichtbar blieben und gerade diejenigen den Diskurs prägten, die sich gewaltsam Land angeeignet haben. Laut Jenss zeigt das Ergebnis der Abstimmung die Wirksamkeit des Feindbildes FARC und der Vorstellung diese nur militärisch bekämpfen zu können, weil sich „mit denen nicht reden ließe“. Jenss veranschaulichte dies

¹ Vgl. Jenss, Alke (2012): Agrarindustrie statt Agrarreform. Umstrittenes Gesetz zur Landrückgabe an Binnenflüchtling: [https://www.academia.edu/6721685/Agrarindustrie_statt_Agrarreform._Umstrittenes_Gesetz_zur_Landru%C3%BCckgabe_an_Binnenfl%C3%BCchtlinge._RLS_Standpunkte_3_2012_\(Letzter_Zugriff:_20.04.2018\)](https://www.academia.edu/6721685/Agrarindustrie_statt_Agrarreform._Umstrittenes_Gesetz_zur_Landru%C3%BCckgabe_an_Binnenfl%C3%BCchtlinge._RLS_Standpunkte_3_2012_(Letzter_Zugriff:_20.04.2018)).

an einem Survey, in dem die Mehrheit der Bevölkerung glaubt, die FARC trüge die Hauptschuld für die gewaltvollen Konflikte. Dem gegenüber stehen die offiziellen Zahlen, die beweisen, dass die meiste Gewalt vom Staat und den Paramilitärs ausging.

Was heißt das schließlich für den Frieden im Land? Wenn 87% der Fälle von gewaltsamen Vertreibungen im Zusammenhang mit Bergbauprojekten oder Landaneignungen stehen und diese weiterhin existieren und passieren? Eine wenig erbauliche Antwort stellt für Jenss der Satz „Peace and perpetuation of economic liberalism“ dar.

Nach dem Vortrag gab es noch einige Fragen von den Besucher*innen. Jenss betonte auf die Frage, ob tatsächlich alle Konzerne zu verteufeln seien, die These, dass große Konzerne die Konflikte eher verstärken, unter anderem weil der Druck noch größere Flächen zu erschließen, gestiegen sei, wenn auch Kolumbien abhängig von Investitionen sei. Außerdem wurde auch kurz die Problematik von Windparks in Kolumbien angesprochen, von denen die ansässigen Menschen oft keinen Nutzen tragen. Auch zu den Paramilitärs ergaben sich noch einige Fragen, so dass Jenss diese Gruppe noch einmal kurz umriss, als einen in den 80ern entstandenen Zusammenschluss aus Militärs, Landbesitzern und Drogenhändlern, die immer mit staatlicher Unterstützung agiert haben, wenn sie auch offiziell als 3. Akteur neben Staat und FARC behandelt werden. Sie wurden 2005 offiziell demobilisiert, jedoch ist belegt, dass sie in diesem Prozess selbst mitbestimmen durften, etwa ob sie sich strafrechtlich zu verantworten haben, und dass durchaus weiterhin paramilitärische Netzwerke aktiv sind. Weiter wurde die Frage gestellt, warum es den linken Gruppen nicht gelungen war, von der Expertennähe an der Realität zu profitieren, also den offiziellen Belegen, etwa darüber, dass die meiste Gewalt von Staat und Paras ausging. Jenss beantwortete dies mit der extremen Zersplitterung der Linken einerseits und den einseitigen Medien, die in den Händen weniger sind, andererseits. Die Familie von Präsident Santos besitzt z.B. eine der größten Zeitungen Kolumbiens. Zu guter Letzt betonte Jenss auch noch einmal die Verantwortung deutsche Unternehmen, die kolumbianische Kohle beziehen und damit einem wirklichen Frieden Kolumbiens im Weg stehen.